

# Riefaer Tageblatt



Verlagsanstalt  
Tageblatt Riefa  
Fennel Nr. 22  
Postfach Nr. 22

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22  
Dresden 1532  
Dresdener  
Riefa Nr. 22

Nr. 55.

Donnerstag, 6. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Bilden) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingehender Rechnungen auf den Rechnungsbetrag. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Abdruck der Artikel ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers ist untersagt. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Die Einigung im Reichskabinett

Keine Notopfer der Festbesoldeten. — Ein vollendeter Kompromiss.

Großadmiral von Tirpitz gestorben.

8. Berlin. Was am Freitagabend noch weitgehend für unendlich gehalten wurde, ist am Samstagmorgen Wirklichkeit geworden. Nach dreieinhalbstündiger Sitzung einigte sich das Reichskabinett über die Maßnahmen zur Sanierung der Reichskasse und der Haushaltslage des Reichshaushalts. Auch die umstrittenen aller Fragen, die Lösung des Problem der Arbeitslosenversicherung, wurde gelöst.

Der Kampf um die letzten 100 Millionen Fehlbetrag war besonders hartnäckig. Die jetzt gefundene Lösung bezeichnete ein führender Parlamentarier als salomonisch, da sie 1. das Notopfer der Festbesoldeten vollständig fallen läßt, 2. den Trägern der Arbeitslosenversicherung einen Teil der Lasten zuspricht und damit ihr Verantwortlichkeitsgefühl steigert und 3. die Industrie in der Weise berührt, daß die Bank für die deutschen Industrieobligationen aus ihren Heberbüchern 50 Millionen RM. zur Verfügung stellt.

Die Reichsregierung betrachtet mit dem von ihr gefundenen Kompromiss die Finanzverhandlungen als abgeschlossen. Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer wurde beauftragt, auf der Grundlage der gefundenen Verständigungen die einzelnen Gesetzentwürfe auszuarbeiten und baldmöglichst dem Reichstag auszuhändigen. Von den Fraktionen der Regierungskoalition wird kein weiterer Widerstand erwartet, da die Reichsminister in den letzten Tagen fortgesetzt mit den Fraktionsführern in enger Verbindung standen und namentlich Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer seinen Parteiführer Dr. Schulz über den Fortgang der Verhandlung stets auf dem Laufenden hielt.

Wenn die Einigung in letzter Stunde erzielt werden konnte, so ist dies nicht zuletzt auf die unabweisliche Forderung der Wirtschaft zurückzuführen, die keinerlei Zweifel darüber ließ, daß sie aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus innerpolitische Vermittlungen und Krisen unter allen Umständen vermeiden wollte. Ihre Forderung brachte gleichzeitig einen großen parlamentarischen Gewinn.

### Das Finanzprogramm.

8. Berlin. Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Mittwoch die sämtlichen Gesetzesentwürfe des Reichsfinanzministers Dr. Moldenbauer gebilligt. Das Programm soll der Sanierung der Reichskasse, der Bilanzierung des Etats für 1930, der Vorbereitung von Steuererleichterungen zur Entlastung der Wirtschaft im Etat 1931 und der Abwendung der drohenden Krise der Länder und den Gemeinden dienen. Zur Durchführung von Steuererleichterungen im Jahre 1931 ist der Finanzminister ermächtigt worden, mit dem Sparkommissar zusammen ein Ausgabenkürzungs-Gesetz auszuarbeiten und dem Reichskabinett vorzulegen.

Über die Vorlagen im einzelnen erzählt das Nachrichtenbüro des Vdg. das Folgende:

### Die Biersteuer soll um 75 Prozent erhöht

werden, während das Silberdingelde Programm vom Dezember vorigen Jahres nur eine Erhöhung um 50 Prozent vorsah. Der daraus sich ergebende Ueberschuß soll den Ländern zur Bilanzierung ihrer Etats zur Verfügung gestellt werden. Dazu tritt der Benzol-Zoll und Benzol-Zoll. Einem Benzol-Zoll gab es bisher in Deutschland nicht. Der Benzol-Zoll von 6 Pf. soll um 4 Pf. erhöht werden. Der Benzol-Zoll soll 10 Pf. betragen. Im Zusammenhang damit soll die Kraftfahrsteuer reformiert und zum Teil durch die Besteuerung des Betriebstoffes ersetzt werden. Die Kraftfahrsteuer soll zum Teil als Verbrauchsteuer aufgebracht werden, der andere Teil durch Besteuerung des Betriebstoffes.

Die Reform der Kraftfahrsteuer läßt sich allerdings nicht sofort durchführen, zurzeit sollen nur aus der Betriebstoffsteuer neue Mittel gewonnen werden, von denen ein Teil den Ländern zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Höhe der Steuern und Zölle sind bekanntlich bereits vorweg unter Benutzung des früheren Ermächtigungsgesetzes erhöht worden. An weiteren indirekten Steuern ist dann die Mineralwassersteuer vorgesehen, die früher schon einmal bestanden hat und jetzt vierzig Millionen bringen soll. Diese 40 Millionen sollen den Ländern zur Weiterverteilung an die Gemeinden, deren Fürsorgekosten unter der Trübsal der Wirtschaftslage besonders leiden, überwiesen werden.

Die Industriebelastung soll im Höhe von 200 Millionen herabgesetzt, aber es sollen darauf 50 Millionen aus dem Reservefonds angerechnet werden, so daß nur 150 Millionen zur Erhebung gelangen. Die Reichskasse erhält auf die-

sem Wege 200 Millionen, die Industrie braucht aber nur 150 Millionen aufzubringen. Durch die Kürzung der Steuerzahlungen sollen dreißig Millionen aufgebracht werden. Danach stellt sich das finanzielle Ergebnis so, das Einkommen 240 Millionen aus der Biersteuer-Erhöhung, wovon das Reich 150 Millionen, die Länder neunzig Millionen erhalten, fünfzig Millionen aus Tee und Kaffee, allein für das Reich, 65 Millionen aus dem Benzol-Zoll, 20 Millionen für das Reich, 40 Millionen für die Länder, 40 Millionen aus der Mineralwassersteuer für die Länder zur Weiterverteilung an die Gemeinden, 40 Millionen für das Reich aus der Kürzung der Steuerzahlungen und 50 Millionen für das Reich aus dem Verzicht auf einen Teil der Industriebelastung.

Danach erhält das Reich 305 Millionen, die Länder 170 Millionen einschließlich der 40 Millionen für die Gemeinden.

### Die Sicherung der Arbeitslosenversicherung

liegt außerhalb dieses Programms, und von dem sogenannten Reichsnotopfer, gegen das sich der Finanzminister Moldenbauer von vornherein erklärt hatte, ist nicht mehr die Rede. 150 Millionen sollen für die Arbeitslosenversicherung aus dem Bestand der Reichsbahn-Vorzugsaktien an die übrigen Versicherungsanstalten gewonnen werden, sie sind später zurückzuführen. Der Rest des Bedarfs soll durch die Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung selbst aufgebracht werden, und zwar durch Erhöhung der Beiträge oder durch entsprechende andere Festsetzung der Leistungen. Es ist auch der Gedanke aufgetaucht, aus der Bank für Industrieobligationen 50 Millionen herauszunehmen und als Notfond der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu überweisen. Damit würde ein sicheres Opfer des Bedarfs gebracht werden. Der Vorstand der Reichsanstalt kann die Beiträge bis auf vier Prozent erhöhen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer zustimmen; er kann ferner der Reichsregierung Vorschläge über eine Reform der Arbeitslosenversicherung machen. Zur sofortigen Abhilfe könnte die Beitragserhöhung um 1/2 Prozent dienen. Wenn die Reichsanstalt diese Wege nicht beschreiten, so kann die Reichsregierung ihrerseits den Weg der Gesetzgebung gehen. Dann würde an den Leistungen ohne Mitwirkung des Reichstages nichts geändert werden können. Zunächst soll aber die Selbstverwaltung, also die Beteiligten, sich über Reformpläne klar werden. Auf dieser Basis bewegt sich die Kompromißlösung, die im Reichskabinett beschlossen worden ist. Die Gesetzesvorlagen werden sofort dem Reichstag zugeleitet.

Was den

### Steuerentlastungsplan

für das Jahr 1931 betrifft, so ist ein Ausgabenkürzungs-Gesetz in Vorbereitung. Aber schon jetzt soll im Etat für 1930 bestimmt werden, daß der Finanzminister mit dem Sparkommissar zusammen ermächtigt wird, ein Programm für den Etat 1931 vorzulegen, wonach der Etat 1931 in den laufenden Ausgaben unter dem Etat 1930 bleiben muß.

Das Reichskabinett hat ferner beschlossen, daß im Jahre 1931 die Steuern um mindestens sechshundert Millionen RM. gesenkt werden sollen, und endlich hat das Kabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Einkommensteuer angenommen, wonach vom 1. April 1931 ab die Einkommensteuer entsprechend dem früheren Silberdingelde Entwurf gesenkt wird, indem das steuerfreie Existenzminimum auf 1440 RM. (1200 RM.) erhöht wird, und die Tarife auseinandergezogen werden. Im ganzen würde damit die Einkommensteuer um 250 Millionen gesenkt, was durchschnittlich für den einzelnen Steuerzahler eine Ermäßigung um 12 1/2 Prozent bedeutet. Nach dem Silberdingelde Plan sollte diese Senkung der Einkommensteuer am 1. Juli 1930 in Kraft treten, die gegenwärtige Lage zwingt aber dazu, den Beginn bis zum 1. April 1931 hinauszuschieben.

Ferner soll das Gesetz die Lohnsteuer-Erleichterung beibehalten, die bei sinkendem Einkommen gefordert werden kann. Das ist ein neuer Vorschlag, der von Silberdingelde nicht vorgesehen war. Die Lohnsteuer-Erleichterung machte bisher im Jahr etwa 60 Millionen RM. aus und erstreckte sich auf 3 1/2 Millionen Anträge von Steuerzahlern, und sie ersparte 15 Millionen Verwaltungskosten, so daß durchschnittlich die Rückzahlung nur zwanzig RM. ausmachte. Die hier ersparten 60 Millionen sollen als Pauschbetrag der Arbeitslosenversicherung als ein Notfond überwiesen werden. Damit würde also den beteiligten Kreisen nichts genommen werden, da es der Arbeitslosenversicherung zugute kommen würde. Für spätere Zeit ist endlich noch an die Senkung der Gewerbesteuer gedacht.

### Äußerungen der Berliner Presse.

\* Berlin. Die Einigung, die über das Finanzprogramm erzielt worden ist, befreit sich zunächst noch auf das Kabinett. Die Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien haben dazu noch nicht abschließend Stellung genommen. In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurden bekanntlich starke Bedenken geäußert.

Der „Vorwärts“ berichtet über die Aussprache in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß die Regelung der Steuerfragen vielfach als völlig unbefriedigend bezeichnet worden sei. Sehr scharf sei auch die geplante Festlegung auf eine Senkung der Ausgaben und der Steuern ab 1. April 1931 kritisiert worden. Der Gedanke, für das Jahr 1931 die Einsparung von 600 Mill. zu versprechen, sei als geradezu leichtfertig bezeichnet worden. Die Sozialdemokratie könne sich natürlich nicht dabei beruhigen, daß sie für das Jahr 1930 eine Minderung der sozialen Leistungen verhängt habe, wenn der Kampf um sie im nächsten Jahre nur noch scharfer ausbrechen solle. Am allerwenigsten aber könne sie daran denken, sich für diesen bevorstehenden Kampf von vornherein in eine ausschließliche Position hineinzulassen. In diesem Punkte werde also die allerhöchste Prüfung einwirken müssen. Man habe allerdings aus Verständnis dafür gehabt, daß eine Einigung im Kabinett auf alle Fälle notwendig gewesen sei, um für die Beratung der Youngplan-Frage freie Bahn zu schaffen. So notwendig auch eine gründliche Verbesserung des finanzpolitischen Regierungsprogramms sei und so sehr sich die Sozialdemokratie freuen würde, bei dem Streben nach ihr die Hilfe des Zentrums zu finden, so wenig könne jetzt noch die Taktik verworfen werden, die den Youngplan in eine Gefahr bringe, im Strudel innerpolitischer Streitigkeiten zu versinken.

Die „D.N.“ betont, daß der Finanzplan der Reichsregierung einen Sieg der Sozialdemokratie darstelle. Das bedauerliche und bedenkliche der Lage liege in der politischen Tatsache, daß der Versuch, der Deutschen Volkspartei, die Sozialdemokratie zur Abkehr von ihrer verhängnisvollen Finanzpolitik zu zwingen, sich nicht habe durchführen können. Denn was das Programm der Reichsregierung an Sanierungsmaßnahmen enthalte, erinnere vornehmlich an ähnliche frühere Zusagen, die im Winde zerflattert seien. Die Sozialdemokratie habe den Sperrling der weiteren Alimentierung ihrer Wirtschaft in der Hand der Deutschen Volkspartei ließe es überlassen, auf die Taube auf dem Dache zu hoffen.

Die „Völkische Zeitung“ hebt hervor, daß man sich angesichts der allgemein-politischen, aber namentlich der wirtschaftspolitischen Unzulänglichkeit, Unfehlbarkeit, in Gefährlichkeit des Kabinettskompromisses eine Zustimmung der Deutschen Volkspartei an den Regierungsvorschlägen nur schwer vorstellen könne.

Die „Germania“ schreibt, das Finanzprogramm, wie es am Mittwoch aus den Beratungen des Kabinetts hervorgegangen sei, trage sicher viele Zeichen des Kompromisses und der Halbheit an sich. Man werde dies verkraften müssen in Anbetracht der Tatsache, daß fünf in vielen Fragen divergierende Parteien sich im Kabinett auf eine gemeinsame Linie hätten einigen müssen. Und man werde hinzufügen müssen, daß der Finanzplan trotz mancher Bedenken im einzelnen, wie sie sicher in allen Parteien geltend gemacht werden könnten, besser sei als eine Verzögerung ins Ungewisse hinein.

Das „Berliner Tagebl.“ sieht darin, daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Stellungnahme vorbehalten hat, bis ihr die neuen Gesetze vorliegen, den Versuch der Sozialdemokratie, die Entscheidung über die Finanzfrage hinter die über den Youngplan zurückzuzugewinnen. Man rechnet im Zentrum mit der Möglichkeit, einer Verschiebung der dritten Lesung des Youngplans, mindestens bis 18. März.

### Die Zentrumsfraktion

des Reichstags nahm am Mittwoch den Bericht über die Verhandlungen der Reichsregierung zur Finanzreform und zur Arbeitslosenfrage entgegen. Entschieden trat die Fraktion nicht, sondern sie vertagte die Fortsetzung der Aussprache auf Donnerstag.

### Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion

nahm am Mittwoch abend den Bericht des Reichsfinanzministers über die finanzpolitischen Beschlüsse des Reichskabinetts entgegen. In einer lebhaften Aussprache wurden in Einzelfragen starke Bedenken geäußert. Eine Stellungnahme zum Ganzen bezieht sich die Fraktion für den Zeitpunkt noch, in dem ihr die Entwürfe vorliegen werden.